

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31, Fernruf 83.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Postgebühren.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1 Spalt. Kleinzeile 1. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhäuser u. Uml. Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Umländlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 28

Herford, Sonnabend, den 2. Februar

1918

Frhr. v. Sayl an die Westfalen.

Hr. Frhr. v. Sayl. 1. Febr. Der Stellvertreter des Kommandierenden General erlöst heute an die Bevölkerung seines Befehlshaberbezirks folgende Bekanntmachung: Deutschland steht an seiner Schicksalsstunde. Mit voller Hingabe aller Kräfte seines ganzen Volkes hat es unter unerschütterlichen Opfern an Gut und Blut siegreich während 3 1/2 Jahren gegen die halbe Welt angeklämpft. Die Gegner haben die Hoffnung auf einen Sieg mit den Waffen aufgegeben und versuchen es jetzt, Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen. Eine großangelegte Propaganda, unterstützt durch die Ideen der russischen Revolution, hat es zuwege gebracht, daß wirklich einzelne Teile unseres Volkes den Redungen unantastlicher Agitatoren folgen und durch Verbreitung aufstrebender Flugblätter, Ausschreien der Arbeit und Erregung von Unruhen unsere Kräfte zu schwächen angefangen haben. Sie gehören dabei nicht einmal zu den eigentlich Vorkämpfern der Revolution, sondern stehen meist in quietem Lohn und haben bessere Verpflegungsverhältnisse als die Allgemeinheit. Daß sie dabei nur die Geschäfte unserer Feinde besorgen, aber am eigenen Vaterland schmachvollen Verrat üben, machen sie sich nicht klar.

Ich erhebe daher meine warnende Stimme und gebe zu bedenken, was entsteht, wenn unsere Front zu wanken beginnt. Wären erst die Erzeugnisse des ganzen Krieges dahin, so würden unsere Gegner uns schonungslos die niederdrückendsten Friedensbedingungen auferlegen, und zwar ohne daß den Lebensmittellieferanten auch nur in absehbarer Zeit ein Ende gemacht würde. Dann würden die Vertreter zu spät einziehen und am eigenen Leibe fühlen, was sie mit ihrer Handlungsweise angerichtet haben. Schon jetzt droht das Ausland über seinen Erfolg und Verbot mit heftiger Schandensünde, wie der deutsche Reichstag wieder einmal hineinkommt.

So darf das nicht weiter gehen! So lange der Kampf der Parteien sich in der Not der Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet bewegt, ist jede billige Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung angebracht. Der politische Widerstand aber muß und wird unter allen Umständen gebrochen werden! Zustände, wie sie die Revolution in Rußland gebracht hat, darf Deutschland nicht erleben!

Ich wende mich daher eindringlich an alle Kreise der pflichttreuen und einsichtigen Bevölkerung, an alle, die ihr Vaterland lieben und die gedeihliche Zukunft ihrer Familie im Auge haben, an die Mütter, Mütter und Frauen, die ihre Söhne und Männer hingeben haben und nicht wollen können, daß das Vaterland zugrunde gerichtet wird, an alle, die es schmachvoll finden, den Kämpfenden draußen von der Heimat aus in den Rücken zu fallen. Hesse jeder, dieses beschämende Schauspiel der Feindschaft zu beenden und die bösartigen oder vom Ausland angeführten Bösewichter zu ermitteln und sie ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Die Vorgänge in Berlin.

Berlin, 1. Febr. Der heute wieder erscheinende „Vorwärts“ macht in seinem Leitartikel, an dessen Spitze er den von der sozialdemokratischen Fraktion bereits in Form eines Antrages ausgesprochenen Wunsch nach der sofortigen Einberufung des Reichstages stellt, zur Besinnlichkeit. Die Bewegung dürfte nicht durch tumultuarische Vorgänge um ihren eigentlichen Charakter und ihren eigentlichen Zweck gebracht werden. Die arbeitende Bevölkerung müßte die äußerste Selbstbeherrschung bewahren. Man dürfe auch nicht aus den Magnagneten, die von den Behörden getroffen sind, und aus dem bisherigen Verhalten des Reichstages die Zeichen des Zernens, Wallras, schließen, daß sich die Regierung dahin entschieden habe, die Sache auf Biegen oder Brechen zu stellen. Die Frage, wie sich in Zukunft das Verhältnis der Parteien zueinander stellen werde, werde erst im Reichstage ihre endgültige Klärung finden. „Heute kann nur so viel gesagt werden, daß die sozialdemokratische Fraktion und Partei ihrer geschichtlichen Herkunft und ihrem ganzen Lebenswandel entsprechend treu zur arbeitenden Bevölkerung stehen wird. Wenn dieses Treueverhältnis unter den gegenwärtigen Umständen zu einem veränderten Verhalten der bürgerlichen Parteien ihr gegenüber führen sollte, so wird sie das zu ertragen wissen. Sie würde damit doch nur zu dem Zustande zurückkehren, in dem sie ihre gegenwärtige achtunggebietende Stärke erlangt hat.“

Berlin, 1. Febr. Das Oberkommando in den Marken hat für Groß-Berlin und die Landkreise Teltow und Niederbarnim den Artikel 7 der preussischen Verfassungsrunde aufgehoben und außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt sowie angekündigt, daß es jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln unterdrücken werde.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es eine sehr erregte Debatte über die Reichsbewegung. Bekanntlich boten zwei Anträge der

unabhängigen Sozialisten, die eine Aufhebung der Versammlungsbefugnisse verlangten. Die Tribünenbesitzer vernichteten derartige Ruhestörungen, daß die Bänke geräumt werden mußten. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der unabhängigen Sozialisten mit 78 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Die städtischen Straßenbahnen die nur einen kleinen Teil des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs versorgen, haben den gestern eingestellten Betrieb wieder aufgenommen. Die wichtigsten Straßenbahn-Gesellschaften, die „Große Berliner“, fährt auf allen Linien, jedoch zum größten Teil ohne Besatzung.

U. Berlin, 1. Febr. Die gestrigen Ausschreitungen haben sich heute nicht wiederholt. In den Straßen am Alexanderplatz, sowie in den östlichen und nördlichen Gegenden Groß-Berlins ist von irgend welchen Kundgebungen nichts zu berichten. An den Plätzen, wo gestern Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Streikenden stattfanden, wickelte sich der Betrieb der Verkehrsmittel wie der Passanten regelmäßig ab. Die bei einigen öffentlichen Stellen fest vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß die Nacht ruhig und ohne Störungen verlaufen ist. Die Zahl der Streikenden scheint nach den bisherigen Berichten ziemlich unverändert zu sein. Der Straßenbahnverkehr in Groß-Berlin ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Die gestern von der aufgeregten Menge an verschiedenen Stellen umgeworfenen Wagen sind nach den Bahnhöfen geschafft worden.

Ergebnisse Verhandlungen.

U. Berlin, 1. Febr. Zwischen den Abgeordneten Scheidemann und Ober einseitig und Vertretern der Regierung andererseits haben heute Vormittag Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem bestimmten Ergebnis führten. Den Konferenzen, die beim Reichstagskanzler abgehalten wurden, wohnte auch Staatssekretär Wallraf bei.

Dittmann verhaftet.

U. Berlin, 1. Febr. Der Reichstagsabgeordnete Dittmann von den unabhängigen Sozialdemokraten ist gestern Nachmittag verhaftet worden. Neben den Tatbestand erzählt das „Berliner Tageblatt“ von maßgebender Seite folgendes: Dittmann war Mitglied der Streikleitung. Dementsprechend war ihm vom Oberbefehlshaber in den Marken jede weitere Betätigung für diesen Streik verboten worden. Unter Außerachtlassung dieses Verbots versuchte Dittmann gestern in einer unzulässigen Versammlung in Treptow zu einer großen Volksmenge zu sprechen, in einer Rede, die in einer Aufregung ausklang, den Streik hochzuhalten. Die Staatsanwaltschaft sah in diesem Auftreten insbesondere in der erwähnten Aufforderung eine strafbare Handlung, und zwar nicht nur eine Verletzung des Versammlungsverbots, sondern eine Aufforderung zum Landesverrat. Dittmann ist heute dem zuständigen Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeführt worden.

Wie unsere aus Rußland zurückgekehrten Gefangenen denken.

U. Berlin, 1. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt redaktionell: Unsere Gefangenen in Rußland berichten die Unordnung im Lande und die immer schwächer werdende Befestigung der feindlichen Stellungen, um zu unserer Front zurückzugelangen. Schon sind viele Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zurückgekehrt. Die russische Propaganda hat keinen Eindruck auf sie gemacht. Sie verachten sie und erklären ausnahmslos: Für eine solche Bittschaft, wie sie in Rußland herrscht, bedanken sie sich.

Dort hätten sie erst die Ordnung und Sicherheit in der Heimat richtig schätzen gelernt. Auch die noch in Rußland zurückgekehrten Kameraden dachten ebenso und verachteten die feindlichen Versuche, sie von den weltbeglückenden Ideen der russischen Umstürzler zu überzeugen.

Sieg der Rumänen über die Russen.

Bajel, 1. Febr. „Utro Rossij“ meldet aus Petersburg, daß an der unteren Donau in den letzten Tagen Schiffgefechte stattfanden, die mit einem vollen Erfolge der Rumänen endeten, obgleich der rumänische Monitor „Gisabeth“ durch maximale Geschwindigkeit zum Sinken gebracht wurde.

Zürich, 1. Febr. Petersburger Blätter melden: Rumänische Truppen rücken den bei Jassy geschlagenen rumänischen Streitkräften nach. Zwei rumänische Heereskörper strömten gemeinsam mit ukrainischen Truppen auf Odessa und Kischinew zu. Von Odessa stehen die Rumänen nunmehr 33 Werst entfernt. Die gegen Odessa operierenden Truppen verfügen über starke Artillerie.

Bajel, 1. Febr. „Utro Rossij“ berichtet aus Odessa: Die Stadtverwaltung von Odessa wurde abgesetzt und der Stadtkommandant verhaftet. Die Maximalisten wählten ein neues Regierungskomitee, das nur Vertreter des Kommissariats umfaßt und die Aufgabe hat, Odessa unter allen Umständen gegen die vereinigten Rumänen und Ukrainer zu verteidigen.

U. Petersburg, 1. Febr. Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur. Die Truppen der Sowjets bemächtigten sich des wichtigen Bahnhofs Bachmatich im Gouvernement Tschernigow. Die Offiziere der Adelligen und die Unteroffiziere zogen sich nach Kiew zurück, das von allen Seiten umringt wurde. Da die Zentrale das Vertrauen zu den ukrainischen Soldaten und Arbeitern verlor, errichtete sie eine Weiße Garde aus den Adelligen und Unteroffizieren und degradierten russischen und polnischen Offizieren.

Aus Sebastopol wird gemeldet: Die Städte Kertsch, Theodosia und Jalta fielen in die Hände der Sowjettruppen. Bei Simferopol leisteten 7000 tatarische Soldaten Widerstand. Man erwartet jedoch jeden Augenblick die Einnahme Odenburgs. Der Kommandant General Duboff wurde gefangen.

U. London, 1. Febr. Die „Times“ erzählt aus Petersburg: Es wird berichtet, daß die Rumänen Kischinew besetzt haben und ihren Vormarsch fortsetzen.

Bayers Amtsantritt.

U. Berlin, 1. Febr. Vizelänger v. Bayer hat heute früh die Geschäfte seines Amtes von seinem bisherigen Vertreter, Reichsjustizsekretär Grafen Wiedemann, übernommen. Schon im Laufe des gestrigen Tages und ebenso heute vormittag hatte er bereits Besprechungen. Herr v. Bayer bezieht in den nächsten Tagen die Amts- und Diensträume des früheren Vizelängers Dr. Helfferich im Reichsamt des Innern.

Februar-Rationen in Mailand.

Von der italienischen Grenze, 29. Jan. Im Monat Februar werden in Mailand auf den Kopf der Bevölkerung folgende Rationen der Lebensmittel bewilligt: Zucker 320 Gramm, Butter 240 Gramm, Reis 2 Kilo, Feigwaren 1 Kilo, Mais 700 Gramm, Brot je nach Alter und Beruf 120 bis 400 Gramm täglich.

Brest-Litowsk.

Die letzte Tagung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen hat nach zwei Richtungen besonderes Interesse. Einmal streitet Trotski die ihm unterschobene Neußerung, daß die russische Delegation keinen Sonderfrieden abschließen werde, sehr energisch ab. Zum anderen traten die Schwierigkeiten hinsichtlich der Anerkennung der ukrainischen Vertreter deutlich hervor. Trotski ist zuversichtlich und glaubt, wie er angibt, an die Möglichkeit, die Ukraine in eine föderative russische Republik einbeziehen zu können, und ist sich nicht entschlossen, mehr und mehr die bisherige ukrainische Delegation auszuscheiden und dafür die ihm unterstellten ukrainischen Vertreter in den Vordergrund zu schieben. Die Angelegenheit gab Anlaß zu einem Wortgefecht Czernin-Trotski, und soll nun in einer aus heute anberaumten Plenarsitzung klargestellt werden.

Ebenso ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, die Lösung der Frage der Zulassung polnischer Vertreter zur Konferenz, für die nächsten Tage zu erwarten.

Geplante Wiener Reise der russischen

Delegation in Brest-Litowsk.

U. Genf, 1. Febr. Die Radio-Agentur der russischen Delegation in Brest-Litowsk richtet an den Grafen Czernin das Ersuchen, sich nach Wien begeben und mit den Vertretern der österreichischen Sozialdemokraten Besprechungen aufnehmen zu dürfen. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

Bericht des Hauptquartiers

U. Großes Hauptquartier, 1. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei dichtem Nebel blieb die Feuerfähigkeit an der ganzen Front gering.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf.

Vom Monte de Val Bella und Col del Rosso aus, setzten die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

U. Berlin, 1. Febr. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

U. Wien, 1. Febr. Amlich wird gemeldet: Dörflich von Asiago führte gestern der Italiener viermal gegen unsere neuen Stellungen. Jeder Angriff scheiterte bereits im eigenen Feuer unter schweren Verlusten für den Gegner. Unserer Artillerie gehörte bei diesem Erfolg besonderes Verdienst.

In den Kämpfen am 29. und 30. Januar haben sich das Egerländer Schützenregiment Nr. 6 und das Landsturmregiment Nr. 6, das Pfälzer Schützenregiment Nr. 7 und das mährische Landsturmregiment Nr. 25, das 2. Bataillon des 2. Regiments der Tiroler Kaiserjäger sowie die Tiroler Landsturmabteilungen Nr. 168 und Nr. 271 besonders ausgezeichnet.

Der Chef des Generalstabes.

Der U-Boot-Bericht.

U. Berlin, 1. Febr. (Amlich) Im Sperma gebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote 5 Dampfer versenkt, davon 3 tief beladen im Kanal bei sehr starker feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befanden sich 3 große englische Dampfer, von mindestens 6000 und 4000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

U. Berlin, 1. Febr. Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden 5 Dampfer und ein Segler mit über 23 000 BRL versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen beladungsfähig und meist tiefbeladen. Die Mehrzahl wurde in geschlossenen Angriffen und aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Darunter ein größeres Transportdampfer, der unter starker Geschützerbedeckung fuhr, also besonders wertvoll war. Der versenkte englische Segler „Maria P.“ war mit Wein nach Malta unterwegs.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Vergeltungsbomben auf Paris.

Amliche französische Meldungen.

Paris, 31. Jan. Vier feindliche Geschwader überflogen unsere Linien nördlich Compiègne und erreichten Paris. Sie flogen wegen des klaren Himmels in sehr großer Höhe und näherten sich so dem Bezirk von Paris von Osten her, wobei sie nacheinander Bomben auf verschiedene Gemeinden warfen. Hieraus überflogen sie Paris hauptsächlich auf dem rechten Ufer, wo sie in wenigen Augenblicken nahezu ihre sämtlichen Bomben ab-

Angaben nach
Lagerbücher ei
mit Gefolgs

1917 in Wetter a. d. Ruhr verbannt ist. Dem Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Aus der Kriegsunterstützungskasse "Kriegerdank" wurden an Hinterbliebenen seit Bestehen in 344 Fällen 10.210 Mark gezahlt, verfügbar bleiben noch 9936,83 Mark. Die Zahl der Verbandswehren betrug am Jahresabschluss 1916: 507, neu aufgenommen wurde eine, ausgetreten ist ebenfalls eine Wehre. Die Gesamtmitgliedszahl einschließlich der im Jahre 1916 stehenden Wehren betrug etwa 27.000. Das Erwerbszeugnis für Verdienste um das Feuerlöschwesen wurde im Regierungsbezirk Arnberg 101, im Reg.-Bez. Münster 43, im Reg.-Bezirk Minden 9 Wehrmännern verliehen; die Verbands-Schreiner wurden für eine 25jährige Tätigkeit als Feuerwehmann erhielten 141 Wehren. Der am 1. Jan. 1916 begründeten Verbandskassenbestände sind nur 11 Wehren beigetreten. Für das Jahr 1916 entstand ein Fehlbetrag von 1232,44 M. Die Aufzählung, diesen Fehlbetrag zu decken, hat der Verband abgelehnt. Die Jahresrechnung des Verbandes für die Zeit vom 1. August 1916 bis 31. Juli 1917 schließt ab in Einnahmen mit 13.474,40 Mark, in Ausgaben mit 4672,17 Mark. Das Vermögen beträgt insgesamt 11.899,73 Mark. Das Vermögen der Mannschaften beläuft sich auf 5659,32 Mark. Die Feuerwehrlösungskasse hatte eine Einnahme von 48.582,94 Mark und eine Ausgabe von 16.078,99 Mark zu verzeichnen, das Vermögen der Kasse betrug am 1. April 1917: 565.506,52 Mark. Zurzeit sind an 15 Feuerwehrlösungsstellen 12 Wehren und 5 Weisen an laufenden Renten 12.787 Mark zu zahlen. Seit Gründung der Kasse (1. Januar 1885) bis 31. März 1917 sind an Kranfengeldern, Renten, Bindungen und Kurkosten im ganzen 609.915,04 Mark gezahlt worden. Der Kasse gehören an 810 Wehren mit 22.166 Mitgliedern. Im Rechnungsjahre 1916 sind an Kranfengeldern, Renten, einmaligen Bindungen und Kurkosten insgesamt 15.375,25 Mark gezahlt worden. Die Schwierigkeiten für die geliehene Wehren der Wehren Ersatz zu schaffen, sind durch Gelasse des Oberpräsidenten am Oktober v. J. zum großen Teil beseitigt worden. Nach dieser Verfügung erstreckt sich die Dienstpflicht zur Wehrwehr während der Dauer des Krieges vom 16. bis 60. Lebensjahre.

Der fünfjährige Hubert, ein Großstadtkind, kommt zum erstenmal aufs Land und wird vom Oheim durch die

Stille geführt. Der Oheim erklärt: „In diesem Stalle, das sind alles Ochsen.“ — „Ach nein“, zweifelt Hubert, „Ochsen sind doch Menschen.“

Gute Schilung. „Was, die mühsame Bauarbeit haben Sie selbst gemacht, Herr Bauer? Da müssen Sie ja eine unendliche Geduld haben?“ — „Hab ich auch — ich hab eine Frau, drei Kinder, zwei Dackel und ein Benzolenerzeuger!“

Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kühle, Herford.

Bekanntmachung

der Reichsbefleidsungsstelle über Beschlagnahme der im Besitze von Althändlern und ähnlichen Gewerbetreibenden befindlichen gebrauchten Kleidungs- und Wäscheartikel. (Vom 29. Dezember 1917.)

Nach Grund der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbefleidsungsstelle vom 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 257) in Verbindung mit der Bekanntmachung der Reichsbefleidsungsstelle über Beschlagnahmen und Entziehungen durch die Reichsbefleidsungsstelle vom 4. April 1917 (Reichsanzeiger Nr. 82) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Gebrauchte Kleidungs- und Wäscheartikel, die zur Veräußerung oder anderweitigen Verwertung bestimmt sind und sich im Besitze von Gewerbetreibenden befinden, deren Betrieb auf den Export, die Veräußerung oder anderweitige Verwertung der bezeichneten Gegenstände gerichtet ist, werden beschlagnahmt, soweit sie nicht von den Landesverwaltungen oder Marineverwaltungen für ihren Bedarf in Anspruch genommen sind.

Als solche Gewerbetreibende gelten insbesondere: Händler, Althändler, Händler, Monatswarenverarbeiter und Pfandleiher.

§ 2. Die Beschlagnahme wird sofort wirksam.

§ 3. Die Besitzer der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände sind verpflichtet, sie aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

§ 4. An den beschlagnahmten Gegenständen dürfen unbeschadet den Bestimmungen des § 3 Veränderungen,

insbesondere Ortveränderungen, nicht vorgenommen werden. Rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind verboten. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme sind Verfügungen zu Gunsten des Kommunalverbandes, in dessen Bezirk sich die beschlagnahmten Gegenstände befinden, zulässig.

§ 5. Die von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände sind durch die Besitzer dem nach § 4 Abs. 2 zu ständigen Kommunalverbänden zu melden.

Bei Gegenständen, die von der Beschlagnahme betroffen sind und sich nicht im Gewahrsam des Besitzers befinden, ist neben dem Besitzer auch der Gewahrsamshaber meldepflichtig.

Die Kommunalverbände, haben nähere Anordnung über die Meldung zu erlassen. Diese sind auch berechtigt, den Bestand der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände durch Benutzte feststellen zu lassen.

§ 6. Die beschlagnahmten Gegenstände, deren Veräußerung an die Kommunalverbände nicht freiwillig erfolgt, werden gemäß § 2 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbefleidsungsstelle vom 22. März 1917 und der Bekanntmachung der Reichsbefleidsungsstelle über Beschlagnahmen und Entziehungen durch die Reichsbefleidsungsstelle vom 4. April 1917 auf Antrag des zuständigen Kommunalverbandes enteignet werden.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen und die nach § 5 Abs. 3 von den Kommunalverbänden zu erlassenden Anordnungen werden auf Grund der Vorschrift des § 3 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbefleidsungsstelle vom 22. März 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben diesen Strafen kann, auf die in § 3 der genannten Bundesratsverordnung bezeichneten Nebenstrafen erkannt werden.

§ 8. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Berlin, den 29. Dezember 1917.

Reichsbefleidsungsstelle.

Geheimer Rat Dr. Bentler.

Reichskommissar für bürgerliche Kleidung.

Vorstehende Bekanntmachung der Reichsbefleidsungsstelle wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die in Frage kommenden Personen aus dem Stadtbezirk werden hierdurch aufgefordert, die vorhandenen Kleidungs- u. Wäscheartikel spätestens bis zum 1. März c. im Rathaus, Zimmer Nr. 36 anzumelden. Herford, den 28. Januar 1918.

Der Magistrat.

Seibherverger

dürfen zur Versorgung vom 1. Februar bis 15. August noch behalten für jeden Kopf des Haushaltes:

- 1) Brotgetreide: 110% Pfund.
- 2) Hafer oder Gerste: 26 Pfund.
- 3) Hülsenfrüchte: 13 Pfund.

Dieserjenige Selbstverfoger, welche sich verpflichten, Industriekinder aufzunehmen, dürfen für jedes Industriekind außerdem behalten: 75 Pfund Brotgetreide, 20 Pfund Hafer oder Gerste und 10 Pfund Hülsenfrüchte.

Tierhalter

dürfen für ihr Vieh an Hafer, Hafergemenge oder Gerste behalten:

- 1) für jedes Pferd 6 Zentner, für jeden zur Zucht verwendeten Zuchtpferd 2 Zentner mit Genehmigung des Kommunalverbandes abzüglich dessen, was vom 15. November bis 1. Februar veräußert ist.
- 2) für Zuchtschweine bis zu 45 Pfd. bei jedem Wurfe und für jeden Eber, der zum Sprünge benutzt wird je 1/2 Pfund für den Tag.

Gesetzgebungen, die die Besitzer hierüber hinaus noch vorrätig haben, müssen abgeliefert werden. Herford, den 31. Januar 1918.

Der Kreisaußsicht.

Nach der königlichen Befehlshaber in Doberberg stehen vom 2. Februar bis 15. Juli d. J. die 3 Wehralter: Jube v. Democrite, M. Frank, Gelsucht, Kallstaf v. Fata, F. Westfale, Gelsucht, Breben v. Breydel, F. Westfale, Auschiffshengst, Arbeitschlag.

Die Bedingungen, unter denen die Wehralter den Stutenbesitzern zur Verfügung gestellt werden, können bei den Kreispolizeibehörden des Kreises eingesehen werden. Herford, den 31. Januar 1918.

Der Santrat.

Bekanntmachung

Nr. Bst. 392/12 17. z. z. z.

betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von sogenanntem unechten Seegrass, auch Alpengrass genannt.

Vom 15. Januar 1918.

(Veröffentlicht im Reichsanzeiger am 15. Januar 1918 Nr. 12).

§ 2.

Beschlagnahme.

Die in § 1 genannten Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt.

§ 3.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Veräußerung von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind, insoweit sie nicht auf Grund der folgenden Anordnung erlaubt sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4.

Veräußerungserlaubnis.

Erlaubt ist die Veräußerung und Lieferung der beschlagnahmten Gegenstände vom Tage des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung ab nur noch an die Intendantur der militärischen Institute zu Berlin W. 30, Luisenparkstraße 25, als der zuständigen Zentralbeschaffungsstelle für Stroberfahrmittel, wie Alpengrass, sowie auch an die von dieser Intendantur für in Süddeutschland befindliche Ware beauftragte Einkaufsstelle, die Garnisonverwaltungs-Ausgebung. Über jeden Ankauf von beschlagnahmten Gegenständen wird die Intendantur der militärischen Institute zu Berlin bzw. die Garnisonverwaltung Augsburg einen Veräußerungsschein ausstellen, welcher von dem Veräußerer als Beleg bei seinen Geschäftspapieren aufzubewahren ist.

§ 5.

Bearbeitungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme dürfen die in § 1 genannten Gegenstände von ihrem Besitzer bearbeitet, insbesondere geschnitten werden.

§ 6.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände sind zu melden, sofern die Gesamtmenge bei einer zur Meldung verpflichteten Person usw. (§ 7) mindestens 5 Zentner beträgt.

§ 7.

Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind:

1. alle Personen, die von dieser Bekannt-

machung betroffene Gegenstände (§ 1) in Gewahrsam haben;

2. gewerbliche Unternehmer;
3. öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände.

Vorräte, die sich am Stichtage (§ 8) nicht in Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind jedoch von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie an diesem Tage in Gewahrsam hat (Lagerhalter usw.).

§ 8.

Stichtag und Meldefrist.

Die Meldungen haben zu erfolgen am 1. März, 1. Juli, 1. Oktober, 1. Dezember (Stichtag) eines jeden Jahres und sind bis zum 10. des betreffenden Monats an die Intendantur der militärischen Institute zu Berlin, Abteilung IV, Zentralbeschaffungsstelle für Stroberfahrmittel zu unterbreiten, mit der Aufschrift: „Betrifft Seegrassmeldungen“ in doppelter Ausfertigung zu erstatten. Zu melden ist der am dem Stichtag jeweils tatsächlich vorhandene Bestand. Die erste Meldung hat über die am 15. Januar 1918 vorhandenen Bestände bis zum 31. Januar 1918 zu erfolgen.

§ 9.

Meldefchein.

Die Meldungen haben auf den amtlichen Meldefcheinen — in doppelter Ausfertigung — zu erfolgen; die Meldefcheine sind bei der Intendantur der militärischen Institute zu Berlin anzunehmen. Die Anforderung der Meldefcheine hat durch Postkarte zu erfolgen, die nichts anderes enthalten soll als die Anforderung der Meldefcheine und deutliche Unterschrift mit genauer Adresse, möglichst unter Beifügung eines Firmenstempels.

Der Meldefchein darf zu anderen Mitteilungen als zur Beantwortung der gestellten Fragen nicht verwandt werden. Auf die Vorderseite der zur Ueberreichung der Meldung benutzten Briefumschläge ist der Vermerk zu setzen: „Betrifft Seegrassbeschlagnahme“.

Von den erstatteten Meldungen ist eine dritte Ausfertigung (Abschrift, Durchschrift, Kopie) von dem Meldenden bei seinen Geschäftspapieren zurückzubehalten.

§ 10.

Lagerbuch und Auskunftserteilung.

Jeder Meldepflichtige (§ 7), der beschlagnahmte Vorräte besitzt oder erwirbt, hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Verwendung in den Vorrats-

mengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht ein besonderes nicht eingerichtet zu werden. Beauftragten der Militär- und Polizeibehörden ist die Einsicht des Lagerbuches, der Geschäftsbücher und Geschäftsbücher sowie die Befichtigung und Untersuchung der Betriebseinrichtungen und Räume zu gestatten, in denen Vorräte bearbeitet, gelagert, feilgeboten werden, oder in denen meldepflichtige Gegenstände zu vermuten sind.

§ 11.

Anfragen.

Anfragen, welche die Meldungen betreffen, sind an die Garnisonverwaltung Augsburg zu richten und am Kopf der Zuschrift sowie auf dem Briefumschlag mit dem Vermerk: „Betrifft Seegrassmeldungen“ zu versehen.

§ 12.

Ausnahmen.

Ausnahmen von den Vorschriften dieser Bekanntmachung können von der Intendantur der militärischen Institute zu Berlin bewilligt werden.

§ 13.

Enteignung.

Wer seine Vorräte zurückhält und sie nicht an die gemäß § 4 zuständigen Stellen verkauft, hat sofortige Enteignung zu gewärtigen.

§ 14.

Inkrafttreten.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1918.

Kriegsministerium.

Kriegsamt.

Kriegs- Rohstoff- Abteilung.

Roeth.

Münster, den 26. Januar 1918.

Das königliche stellverr. Generalkommando des 7. Armee-Korps.

Der kommandierende General:

Frhr. v. Gayl.

General der Infanterie.

Ac R Nr. 3000.

